



Kreditaufnahme des Bundes und seiner Sondervermögen

Die Kreditaufnahme des Bundes dient der Finanzierung des Bundeshaushalts und seiner Sondervermögen. Sondervermögen werden unterschieden in solche Sondervermögen, die über den Bundeshaushalt oder andere Einnahmen mitfinanziert werden, und Sondervermögen mit eigener Kreditermächtigung (Finanzmarktstabilisierungsfonds (FMS), Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) und Investitions- und Tilgungsfonds (ITF) sowie Restrukturierungsfonds). Die Kreditaufnahme für die Sondervermögen FMS und WSF dient dabei zum einen der Finanzierung von Aufwendungen für Stabilisierungsmaßnahmen (gemäß § 9 Abs. 1 Stabilisierungsfondsgesetz (StFG)) oder der Rekapitalisierung von Unternehmen (gemäß § 22 StFG). Des Weiteren nimmt der Bund für FMS und WSF auch Kredite auf, die dann als konditionsgleiche Darlehen an Anstalten des öffentlichen Rechts durchgeführt werden (gemäß § 9 Abs. 5 und § 23 StFG). Die Aufnahme dieser Kredite über den Bund dient der Kostenersparnis.

Die nachfolgenden Erläuterungen beziehen sich in einem ersten Schritt auf die gesamte Kreditaufnahme des Bundes. Anschließend erfolgt eine Aufgliederung in

- die Kreditaufnahme beziehungsweise Verschuldung des Bundeshaushalts und der mitfinanzierten Sondervermögen sowie der Kreditaufnahme beziehungsweise Verschuldung von FMS, WSF und ITF ohne Finanzierung von Darlehen für Anstalten des öffentlichen Rechts, und
- die Kreditaufnahme für FMS und WSF zur Finanzierung von an Anstalten des öffentlichen Rechts durchzuleitende Darlehen (im Folgenden „Darlehensfinanzierung“).

Entwicklung der Kreditaufnahme des Bundes

Der Bund hatte am 31. Dezember 2020 Kredite in Höhe von 1.272,0 Mrd. € aufgenommen. Dieser Bestand erhöhte sich zum 31. März 2021 auf 1.325,8 Mrd. €. Der Anstieg der Kreditaufnahme um 53,8 Mrd. € geht auf den Finanzierungsbedarf des Bundes für den Haushalt und die Sondervermögen einschließlich der Bedarfe von FMS und WSF zur Durchleitung von Darlehen an Anstalten des öffentlichen Rechts zurück. Vor dem Hintergrund der Maßnahmen, welche die Bundesregierung zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie beschlossen hat, ist auch im Jahr 2021 mit einer erhöhten Kreditaufnahme zu rechnen, insbesondere durch eine gegenüber dem Vorjahr nochmals höher geplante Nettokreditaufnahme des Bundeshaushalts.

Der Anstieg der Kreditaufnahme gegenüber dem 31. Dezember 2020 resultierte aus neuen Aufnahmen im Volumen von 126,6 Mrd. € bei Fälligkeiten im Volumen von 72,8 Mrd. €. Bis zum 31. März 2021 wurden im Jahr 2021 für die Verzinsung aller auch in früheren Jahren aufgenommenen bestehenden Kredite saldiert 2,6 Mrd. € aufgewendet.

Im März wurden 38,1 Mrd. € an Bundeswertpapieren emittiert. Der Schwerpunkt der Emissionen lag mit 37,5 Mrd. € bei den konventionellen Bundeswertpapieren. Sie verteilten sich auf 1,5 Mrd. € 30-jährige Bundesanleihen, 7 Mrd. € an 10-jährigen Bundesanleihen, 4 Mrd. € an Bundesobligationen, 5 Mrd. € an Bundesschatzanweisungen und 20 Mrd. € Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes. Es wurden inflationsindexierte Bundesanleihen in Höhe von 0,6 Mrd. € begeben. Im März erfolgten keine Emissionen in Grünen Bundeswertpapieren.



Die Eigenbestände des Bundes an Bundeswertpapieren verringerten sich im März 2021 um 5,2 Mrd. € auf 175,0 Mrd. €. Die Veränderung resultiert aus Sekundärmarktverkäufen in Höhe von 15,9 Mrd. €, sowie Käufen in Höhe von 5,4 Mrd. € und der Erhöhung von Eigenbeständen durch bei Emission zurückbehaltene Emissionsanteile um 5,3 Mrd. €.

Am 31. März 2021 entfielen 94,3 Prozent der Kreditaufnahmen auf die Kreditaufnahme des Bundes für Haushalt und Sondervermögen ohne Darlehensfinanzierung, 5,7 Prozent der Kreditaufnahme dienten der Finanzierung von FMS und WSF für durchgeleitete Kredite an Anstalten des öffentlichen Rechts.

Entwicklung der Kreditaufnahme des Bundes (Haushalt und Sondervermögen ohne Darlehensfinanzierung)

Im März 2021 wurden für den Bund (Haushalt und Sondervermögen ohne Darlehensfinanzierung) 40,5 Mrd. € an Krediten aufgenommen. Gleichzeitig wurden 25,0 Mrd. € fällige Kredite getilgt. Für die Verzinsung der Kredite des Bundes (Haushalt und Sondervermögen ohne Darlehensfinanzierung) ergab sich im März saldiert ein Einnahmeüberschuss von 0,8 Mrd. €.

Am 31. März 2021 betrug die Kreditaufnahme des Bundes (Haushalt und Sondervermögen ohne Darlehensfinanzierung) insgesamt 1.250,6 Mrd. €. Damit erhöhte sie sich gegenüber dem 31. Dezember 2020 um 46,7 Mrd. €. Der größte Teil der Erhöhung entfiel mit 45,1 Mrd. € auf den Bundeshaushalt, dessen Kreditaufnahme auf 1.208,4 Mrd. € anstieg.

Der ITF hat per 31. März 2021 gegenüber der Meldung zum 31. Dezember 2020 unverändert einen Bestand von 16,0 Mrd. € zu verzeichnen. Die Kreditaufnahme des FMS für Kredite für Aufwendungen gemäß § 9 Abs. 1 StFG reduzierte sich im März

2021 sehr geringfügig auf 22,7 Mrd. €. Die Kreditermächtigungen des WSF für Kredite für Rekapitalisierungsmaßnahmen gemäß § 22 StFG wurden bis Ende März 2021 über weitere 1,6 Mrd. € in Anspruch genommen, so dass sich per 31. März 2021 ein Bestand von 3,4 Mrd. € ergab.

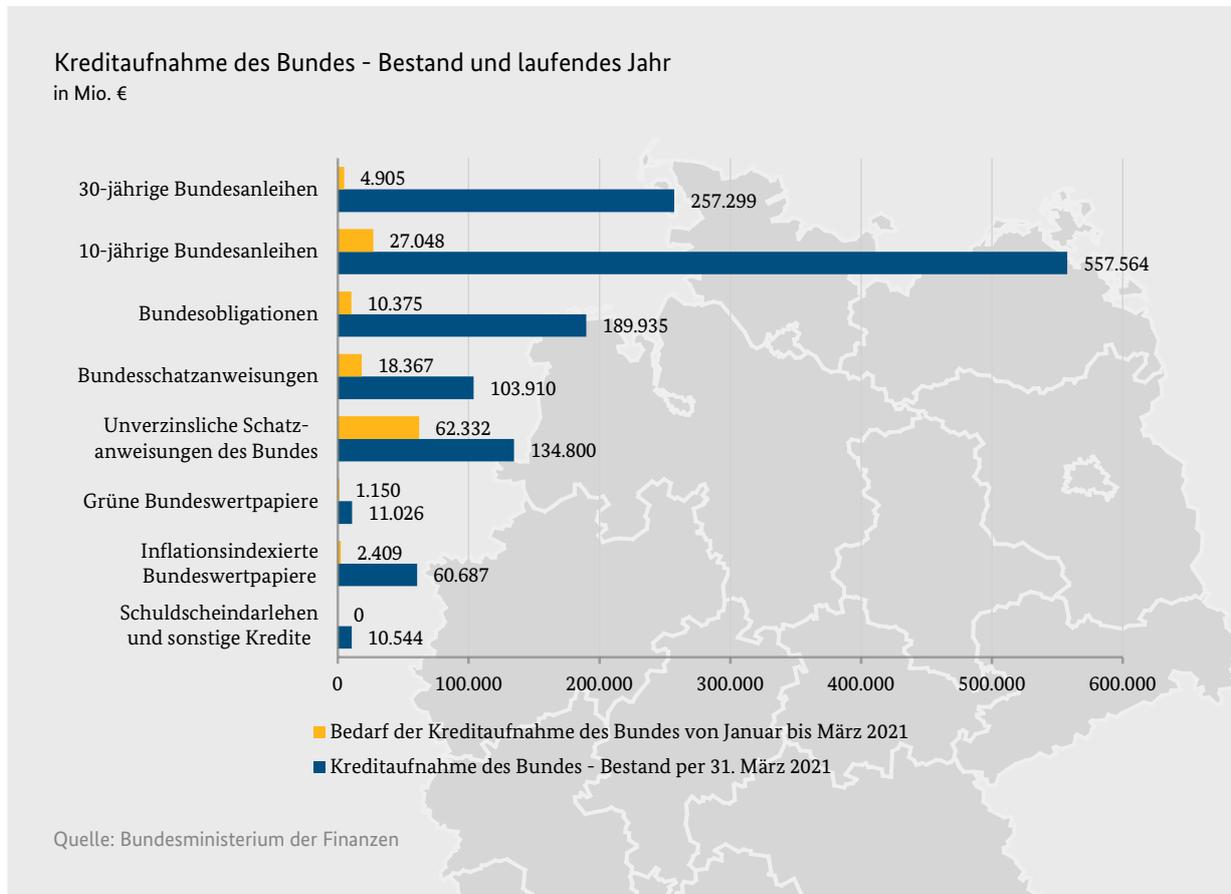
Entwicklung der Kreditaufnahme des Bundes zur Darlehensfinanzierung

Seit dem Jahr 2019 werden für den FMS Kredite zur Refinanzierung von an die FMS Wertmanagement (FMS-WM) durchzuleitende Darlehen gemäß § 9 Abs. 5 StFG aufgenommen. In ähnlicher Weise erfolgt seit dem Jahr 2020 eine Kreditaufnahme für den WSF zur Gewährung von Darlehen an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zur Finanzierung von Krisenmaßnahmen gemäß § 23 StFG.

Im März 2021 wurden für den FMS zu diesem Zweck Kredite im Volumen von 3,0 Mrd. € aufgenommen, bei einem Tilgungsvolumen von 1,6 Mrd. €. Per 31. März 2021 betrug der Bestand somit 37,1 Mrd. €. Der Bestand von Krediten zur Darlehensfinanzierung für den WSF veränderte sich im Laufe des März 2021 nicht und betrug am 31. März 2021 somit wie im Vormonat 38,0 Mrd. €. Seit Jahresbeginn stieg der Bestand der Kredite zur Darlehensfinanzierung damit auf 75,1 Mrd. €.

Weitere Einzelheiten für den Monat März 2021 können folgenden Tabellen entnommen werden:

- Entwicklung der Kreditaufnahme des Bundes,
- Entwicklung der Kreditaufnahme des Bundes (Haushalt und Sondervermögen ohne Darlehensfinanzierung),
- Entwicklung der Kreditaufnahme des Bundes zur Darlehensfinanzierung,
- Entwicklung von Umlaufvolumen und Eigenbestände an Bundeswertpapieren.



Im statistischen Anhang der Online-Version des Monatsberichts sind zusätzlich die drei erstgenannten Tabellen mit Daten für den März 2021, die nach Restlaufzeitklassen gruppierte Kreditaufnahme des Bundes sowie die monatliche Historie zur Kreditaufnahme, dem Bedarf der Kreditaufnahme, Tilgungen und Zinsen für die Kreditaufnahme enthalten.

Die Abbildung „Kreditaufnahme des Bundes – Bestand und laufendes Jahr“ zeigt die Verteilung der Kreditaufnahme auf die Finanzierungsinstrumente, sowohl für die Aufnahme im März 2021 als auch für den gesamten Bestand per 31. März 2021. Den größten Anteil der Kreditaufnahme im März 2021 machen mit 62,3 Mrd. € beziehungsweise 49,2 Prozent die (teils unterjährig fälligen) Unverzinslichen Schatzanweisungen des Bundes aus, gefolgt von den 10-jährigen Bundesanleihen mit 27,0 Mrd. € beziehungsweise 21,4 Prozent. Zu

diesem Segment werden hier auch die im Jahr 2020 erstmals begebenen 7- und die 15-jährigen Bundesanleihen gezählt. Per 31. März 2021 waren über 99 Prozent des Bestands der Kreditaufnahmen des Bundes in Form von Inhaberschuldverschreibungen verbrieft, bei denen die konkreten Gläubiger dem Bund nicht bekannt waren.

Details zu den geplanten Emissionen und den Tilgungen von Bundeswertpapieren können in den Pressemitteilungen zum Emissionskalender nachgelesen werden.¹ Auf der Internetseite der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH werden zudem nach jeder Auktion von Bundeswertpapieren die Auktionsergebnisse veröffentlicht.²

1 <http://www.bundesfinanzministerium.de/mb/2017047>

2 <http://www.bundesfinanzministerium.de/mb/2017046>



Entwicklung der Kreditaufnahme des Bundes im März 2021

in Mio. €

Stichtag/Periode	Bestand	Aufnahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Bestand	Bestands- änderung (Saldo)	Zinsen
	28. Februar 2021	März	März	31. März 2021	März	März
Insgesamt	1.308.880	43.458	-26.572	1.325.766	16.886	850
Gliederung nach Verwendung						
Bundeshaushalt	1.193.303	37.958	-22.823	1.208.438	15.135	781
Finanzmarktstabilisierungsfonds (Kredite für Aufwendungen gemäß § 9 Abs. 1 StFG)	22.771	1.053	-1.053	22.771	-	-15
Finanzmarktstabilisierungsfonds (Kredite für Abwicklungsanstalten gemäß § 9 Abs. 5 StFG)	35.700	3.000	-1.600	37.100	1.400	81
Investitions- und Tilgungsfonds	16.043	534	-534	16.043	-	-14
Wirtschaftsstabilisierungsfonds (Kredite für Rekapitalisierungsmaß- nahmen gemäß § 22 StFG)	3.030	914	-563	3.381	351	17
Wirtschaftsstabilisierungsfonds (Kredite für die Kreditanstalt für Wiederaufbau gemäß § 23 StFG)	38.032	-	-	38.032	-	-
Gliederung nach Instrumentenarten						
Konventionelle Bundeswertpapiere	1.227.605	42.466	-26.562	1.243.509	15.904	683
30-jährige Bundesanleihen	255.234	2.065	-	257.299	2.065	208
10-jährige Bundesanleihen	548.516	9.048	-	557.564	9.048	279
Bundesobligationen	186.666	3.269	-	189.935	3.269	102
Bundesschatzanweisungen	111.279	5.631	-13.000	103.910	-7.369	69
Unverzinsliche Schatz- anweisungen des Bundes	125.910	22.452	-13.562	134.800	8.890	26
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	60.045	642	-	60.687	642	174
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	9.532	172	-	9.704	172	76
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	50.513	470	-	50.983	470	98
Grüne Bundeswertpapiere	10.676	350	-	11.026	350	11
10-jährige Grüne Bundesanleihen	6.390	-	-	6.390	-	-
Grüne Bundesobligationen	4.286	350	-	4.636	350	11
Schuldscheindarlehen	6.080	-	-10	6.070	-10	-18
Sonstige Kredite und Buchschulden	4.474	-	-	4.474	-	-

Quelle: Bundesministerium der Finanzen



Entwicklung der Kreditaufnahme des Bundes (Haushalt und Sondervermögen ohne Darlehensfinanzierung) im März 2021

in Mio. €

Stichtag/Periode	Bestand	Aufnahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Bestand	Bestands- änderung (Saldo)	Zinsen
	28. Februar 2021	März	März	31. März 2021	März	März
Insgesamt	1.235.148	40.458	-24.972	1.250.634	15.486	769
Gliederung nach Verwendung						
Bundeshaushalt	1.193.303	37.958	-22.823	1.208.438	15.135	781
Finanzmarktstabilisierungsfonds (Kredite für Aufwendungen gemäß § 9 Abs. 1 StFG)	22.771	1.053	-1.053	22.771	0	-15
Investitions- und Tilgungsfonds	16.043	534	-534	16.043	0	-14
Wirtschaftsstabilisierungsfonds (Kredite für Rekapitalisierungsmaßnahmen gemäß § 22 StFG)	3.030	914	-563	3.381	351	17
Gliederung nach Instrumentenarten						
Konventionelle Bundeswertpapiere	1.153.873	39.466	-24.962	1.168.377	14.504	602
30-jährige Bundesanleihen	255.234	2.065	-	257.299	2.065	208
10-jährige Bundesanleihen	528.616	8.248	-	536.864	8.248	250
Bundesobligationen	160.966	2.069	-	163.035	2.069	64
Bundesschatzanweisungen	88.779	4.631	-11.400	82.010	-6.769	55
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	120.278	22.452	-13.562	129.168	8.890	26
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	60.045	642	-	60.687	642	174
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	9.532	172	-	9.704	172	76
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	50.513	470	-	50.983	470	98
Grüne Bundeswertpapiere	10.676	350	-	11.026	350	11
10-jährige Grüne Bundesanleihen	6.390	-	-	6.390	-	-
Grüne Bundesobligationen	4.286	350	-	4.636	350	11
Schuldscheindarlehen	6.080	-	-10	6.070	-10	-18
Sonstige Kredite und Buchschulden	4.474	-	-	4.474	-	-
nachrichtlich:						
Verbindlichkeiten aus der Kapitalindexierung inflationsindexierter Bundeswertpapiere ¹	3.712			3.857	145	-
Rücklagen gemäß Schlusszahlungs- finanzierungsgesetz (SchlussFinG) ²	3.585			3.617	31	-

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

1 Die Verbindlichkeiten aus der Kapitalindexierung enthalten die seit Laufzeitbeginn bis zum Stichtag entstandenen inflationsbedingten Erhöhungsbeträge auf die ursprünglichen Emissionsbeträge.

2 Die Rücklage enthält dagegen nur jene Erhöhungsbeträge, die sich jeweils zum Kupontermin am 15. April eines jeden Jahres (§ 4 Abs. 1 SchlussFinG) sowie an den Aufstockungsterminen eines inflationsindexierten Wertpapiers (§ 4 Abs. 2 SchlussFinG) ergeben.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen



Entwicklung der Kreditaufnahme des Bundes zur Darlehensfinanzierung im März 2021

in Mio. €

Stichtag/Periode	Bestand	Aufnahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Bestand	Bestandsänderung (Saldo)	Zinsen
	28. Februar 2021	März	März	31. März 2021	März	März
Insgesamt	73.732	3.000	-1.600	75.132	1.400	81
Gliederung nach Verwendung						
Finanzmarktstabilisierungsfonds (Kredite für Abwicklungsanstalten gemäß § 9 Abs. 5 StFG) ¹	35.700	3.000	-1.600	37.100	1.400	81
Wirtschaftsstabilisierungsfonds (Kredite für die Kreditanstalt für Wiederaufbau gemäß § 23 StFG) ²	38.032	-	-	38.032	-	-

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

- 1 Das BMF ist nach § 9 Abs. 5 StFG ermächtigt, für den Finanzmarktstabilisierungsfonds Kredite bis zu 60 Mrd. € aufzunehmen, damit nach § 8 Abs. 10 StFG der Finanzmarktstabilisierungsfonds an Abwicklungsanstalten Darlehen zur Refinanzierung der von diesen übernommenen Vermögensgegenständen gewähren kann. Diese Kreditaufnahme ist für die Verschuldung insgesamt neutral, weil sie die bei Abwicklungsanstalten sonst notwendige Kreditaufnahme am Markt ersetzt. Sie erhöht jedoch die Verschuldung in Bundeswertpapieren.
- 2 Das BMF ist nach § 24 Abs. 1 in Verbindung mit § 23 StFG ermächtigt, für den WSF zum Zwecke der Darlehensgewährung Kredite in Höhe von bis zu 100 Mrd. € aufzunehmen. Nach § 23 StFG kann der WSF der KfW Darlehen zur Refinanzierung der ihr von der Bundesregierung als Reaktion auf die sogenannte Corona-Krise zugewiesenen Sonderprogramme gewähren.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen



Entwicklung von Umlaufvolumen und Eigenbestände an Bundeswertpapieren im März 2021

in Mio. €

Stichtag/Periode	Bestand	Zunahme	Abnahme	Bestand	Bestandsänderung (Saldo)
	28. Februar 2021	März	März	31. März 2021	März
Umlaufvolumen insgesamt	1.477.800	38.100	-26.500	1.489.400	11.600
Konventionelle Bundeswertpapiere	1.402.000	37.500	-26.500	1.413.000	11.000
30-jährige Bundesanleihen	306.000	1.500	-	307.500	1.500
10-jährige Bundesanleihen	629.500	7.000	-	636.500	7.000
Bundesobligationen	219.500	4.000	-	223.500	4.000
Bundesschatzanweisungen	119.500	5.000	-13.000	111.500	-8.000
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes (inklusive Kassenemissionen)	127.500	20.000	-13.500	134.000	6.500
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	64.300	600	-	64.900	600
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	10.000	200	-	10.200	200
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	54.300	400	-	54.700	400
Grüne Bundeswertpapiere	11.500	-	-	11.500	-
10-jährige Grüne Bundesanleihen	6.500	-	-	6.500	-
Grüne Bundesobligationen	5.000	-	-	5.000	-
Eigenbestände	-180.198	-	-	-174.978	5.220

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.
Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Die Rentenmarktentwicklung im 1. Quartal 2021

Das 1. Quartal 2021 war an den internationalen Rentenmärkten gekennzeichnet von steigenden Renditen insbesondere länger laufender Anleihen und damit steileren Zinsstrukturkurven. Die Renditen der 10-jährigen Bundesanleihen stiegen von -0,58 Prozent per 31. Dezember 2020 auf -0,29 Prozent per 31. März 2021. Die Rendite der 30-jährigen Bundesanleihe hat sich im gleichen Zeitraum von -0,17 Prozent auf 0,26 Prozent erhöht; seit Anfang Februar notiert sie durchgehend im positiven Bereich.

Der Renditeanstieg langlaufender Staatsanleihen ging zu einem großen Teil von den USA aus. 10-jährige US-Staatsanleihen rentierten per 31. Dezember 2020 bei 0,91 Prozent und legten bis zum 31. März 2021 auf 1,75 Prozent zu. Maßgebliche Treiber dieses Anstiegs waren der erhöhte

staatliche Finanzierungsbedarf weltweit infolge der Corona-Hilfsmaßnahmen allgemein und insbesondere das 1,9 Bio. US-Dollar große Hilfspaket der US-Regierung sowie die Aussicht auf ein schnelles Wiederanlaufen der Wirtschaft infolge guter Impffortschritte in den USA und dem Vereinigten Königreich. Gleichzeitig stiegen die Inflationserwartungen an den Märkten.



Entwicklung der Renditen 10-jähriger Staatsanleihen im 1. Quartal 2021

Tagesschlussrenditen in % p. a.

	31. Dezember 2020	31. März 2021
USA	0,91	1,75
Vereinigtes Königreich	0,20	0,85
Japan	0,02	0,10
Deutschland	-0,58	-0,29

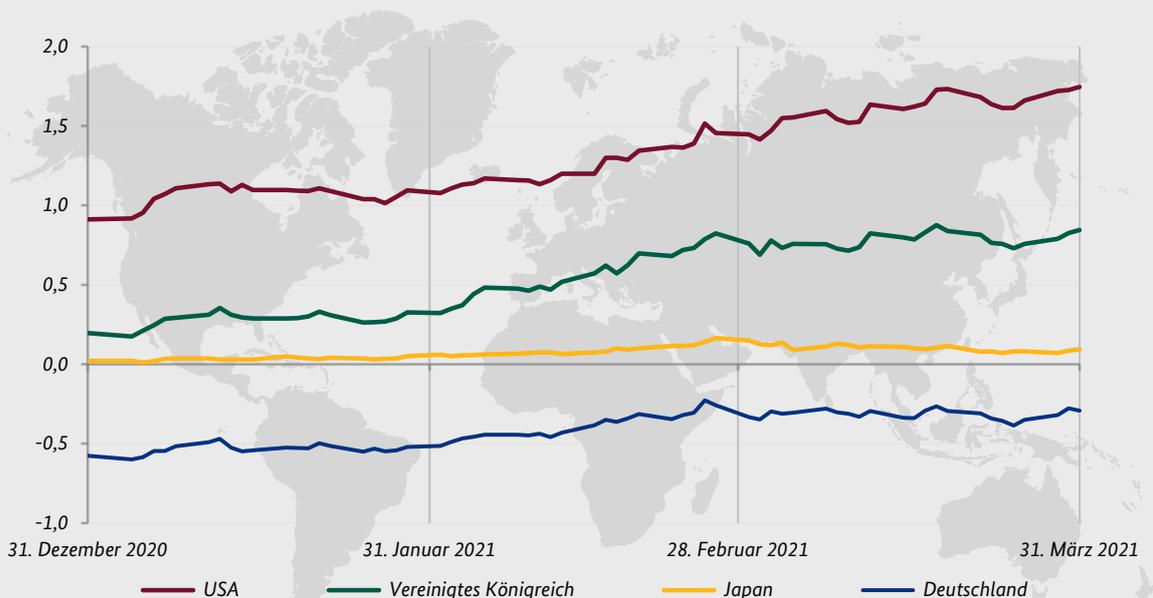
Quelle: Thomson Reuters

Obwohl die US-Notenbank Fed Leitzinsen und Umfang der Anleihekäufe unverändert belassen hat, ist der Fokus des Markts bereits auf den Zeitpunkt der Reduzierung des Anleihekaufprogrammes („Tapering“) sowie den danach erwarteten ersten Zinserhöhungsschritt gerichtet. Den dürfte die Fed gemäß Marktbeobachtern noch vor der Europäischen Zentralbank (EZB) vornehmen.

Auch die EZB ließ Refinanzierungsätze und Umfang der Anleihekaufprogramme im 1. Quartal 2021 unverändert. Jedoch beschloss die EZB in ihrer Sitzung vom 11. März 2021, die Käufe im Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme) zur Sicherstellung günstiger Finanzierungsbedingungen im Euroraum im 2. Quartal 2021 temporär deutlich aufzustoßen, ohne dabei das Volumen des Programms insgesamt zu erhöhen.

Entwicklung der Renditen 10-jähriger Staatsanleihen im 1. Quartal 2021

Rendite in % p. a.



Quelle: Thomson Reuters



Sekundärmarkthandel in Bundeswertpapieren 2020

Bruttohandel

Ein wesentlicher Indikator für die Liquidität von Bundeswertpapieren ist die Höhe ihrer Handelsumsätze. Der Bund erhält Sekundärmarktumsatz-Meldungen von Banken, die als Mitglieder der „Bietergruppe Bundesemissionen“ an den Auktionen des Bundes teilnehmen. Als Auktionsteilnehmer wickeln diese Bieterbanken auch den Großteil des Handels mit Bundeswertpapieren am Sekundärmarkt ab. Ihre Meldungen geben Aufschluss über den Typ des gehandelten Bundeswertpapiers, mit welcher Art von Kontrahent gehandelt wurde und in welcher Region dieser ansässig ist. Innerhalb dieser Kategorien lassen sich Trends untersuchen.

Im Jahr 2020 wurden Handelsumsätze von 4,255 Bio. € gemeldet. Dies sind 4 Prozent mehr als im Vorjahr, in dem die niedrigsten Umsätze seit Statistikbeginn im Jahr 2005 verzeichnet wurden.

Gleich mehrere Effekte sorgten dafür, dass 2020 am Primär- und am Sekundärmarkt zu einem außergewöhnlichen Jahr wurde: Die ersten Grünen Bundeswertpapiere wurden begeben, aufgrund der COVID-19-Pandemie kam es zu einem erhöhten Emissionsvolumen, mit 7- und 15-jährigen Bundesanleihen wurden neue Laufzeiten eingeführt und erstmals seit 2015 kamen Syndikate zum Einsatz.

Obwohl die 10-jährigen Bundesanleihen, zu denen auch die neu eingeführten 7- und 15-jährigen Laufzeiten gerechnet werden, die geringsten Umsätze seit 2005 aufwiesen, blieben sie dennoch weiterhin das wichtigste Instrument mit knapp 50 Prozent des Gesamtumsatzes. Das Umsatzvolumen in den zweit- und drittstärksten Instrumenten, den 5-jährigen Bundesobligationen und den 2-jährigen Bundesschatzanweisungen (Schätze) reduzierten sich. Schätze wiesen das geringste

Handelsvolumen seit 2005 auf. Deutlich stärker als im Vorjahr (+28 Prozent) wurden 30-jährige Bundesanleihen gehandelt, welche die höchsten Umsätze seit 2008 verzeichneten und 10 Prozent zum Gesamtumsatz beitrugen. Einen historischen Höchstwert markierten die Umsätze in Unverzinslichen Schatzanweisungen (Bubills). Gegenüber 2019 hat sich der Handel in Bubills mehr als verdreifacht. Insgesamt liegt das Handelsvolumen 2020 in Instrumenten mit Restlaufzeiten ab 12,5 Jahren auf dem höchsten Stand seit 2008, der Handel im Laufzeitenbereich zwischen 1,5 Jahren und 12,5 Jahren dagegen auf dem tiefsten Stand seit 2005. Seit Erstemission im September 2020 wurden Grüne Bundeswertpapiere in einem Volumen von 24 Mrd. € umgesetzt. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass das Emissionsvolumen lediglich 11,5 Mrd. € betragen hat und erst ab November 2020 vollständig umgelaufen ist.

Unter den Kontrahenten wiesen Asset Manager und Broker mit je rund 1,2 Bio. € beziehungsweise 28 Prozent wieder die höchsten Umsätze auf. Für Broker stellt dies absolut dennoch die geringsten Umsätze seit 2005 dar. Auch Banken, die knapp 20 Prozent zum Gesamtumsatz beitragen, generierten 2020 die niedrigsten Umsätze seit Statistikbeginn. Zentralbanken (und andere öffentliche Institutionen) handelten im Jahr 2020 gegenüber dem Tiefststand im Vorjahr wieder deutlich mehr. Umsätze von Pensions- und Hedgefonds liegen im historischen Vergleich ebenfalls auf hohem Niveau, diese machen jedoch in Summe nur circa 10 Prozent der Gesamtumsätze aus.

Die relative Bedeutung der Handelsregionen änderte sich nicht. Mit Kontrahenten im Übrigen Europa (Europa ohne Euroraum-Staaten) wurde wie in den Vorjahren über die Hälfte des Volumens umgesetzt. Das reichte dennoch nur für den niedrigsten Wert seit Statistikbeginn. Kontrahenten aus dem Euroraum steuern als zweitwichtigste Region seit Jahren etwa ein Viertel zu den Gesamtumsätzen bei. Sie erzielten 2020 die höchsten Umsätze seit 2013.



Bruttohandel in Bundeswertpapieren			
	2019	2020	
	in Mrd. €	in Mrd. €	Änderung in %
Instrumente			
Unverzinsliche Schatzanweisungen	116	421	263
Bundesschatzanweisungen	528	504	-5
Bundesobligationen	751	694	-8
10-jährige Bundesanleihen	2.230	2.063	-7
30-jährige Bundesanleihen	339	434	28
Grüne Bundeswertpapiere	0	24	-
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	126	114	-10
Kontrahenten			
Asset Manager	1.138	1.202	6
Broker	1.192	1.192	0
Banken	896	781	-13
Zentralbanken	395	555	41
Hedgefonds	335	373	11
Pensionsfonds	51	68	32
Sonstige	47	47	-1
Versicherungen	36	37	3
Regionen			
Übriges Europa	2.220	2.190	-1
Euroraum	1.042	1.196	15
Amerika	559	598	7
Asien	253	256	1
Arabische Staaten	15	11	-27
Afrika	2	4	122
Insgesamt	4.091	4.255	4

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Finanzagentur

Nettohandel

Da die Sekundärmarktumsatz-Meldungen Angaben über Kauf oder Verkauf enthalten, kann grob auf Bestandsbewegungen geschlossen werden.

Mit Abstand wichtigste Nettokäufer im Jahr 2020 waren erneut Zentralbanken, deren Käufe sich gegenüber 2019 fast verdreifachten. Wichtige Käufer sind weiterhin Asset Manager und Banken. Banken wiesen im Jahr 2020 einen deutlichen Anstieg der Nettokäufe auf, die damit auf ähnlicher Höhe wie vor Beginn der EZB-Ankaufprogramme lagen. Hedgefonds, die seit 2018 zu den Nettokäufern

gehören, stockten auch 2020 ihre Bestände auf. Erstmals seit 2010 kauften auch Pensionsfonds im Jahr 2020 wieder ein größeres Volumen.

Die dominante Region im Jahr 2020 war nach dem Übrigen Europa im Jahr 2019 nun eindeutig der Euroraum. Die Nettokäufe lagen hier auf einem historischen Höchststand. Weiterhin ist davon auszugehen, dass ein großer Anteil der Nachfrage im Euroraum aus den Staatsanleihekaufprogrammen der EZB resultiert hat. Aber auch das Nettokaufvolumen im Übrigen Europa erhöhte sich deutlich. Nettokäufe von Kontrahenten in Amerika erreichten den höchsten Wert seit 2007.